

Eigenerklärung zur Eignung

(vom Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft und den anderen Unternehmern (Eignungsleihe) auszufüllen)

Bezeichnung der Leistung:

Projekt:	H ₂ – Projekt mosaHYc Leitung 5: Leidingen – Dillingen
Leistung:	Armaturengruppen inkl. Ausführungsplanung

Die nachfolgenden Erklärungen gibt der/geben die Unterzeichner ab

Zutreffendes bitte ankreuzen

☐ <i>im eigenen Namen als Bieter</i>
☐ <i>als Mitglied der Bietergemeinschaft</i>
☐ <i>als anderes Unternehmen (Eignungsleihe)</i>

Name und Anschrift des Bieters / des Mitglieds der Bietergemeinschaft / anderen Unternehmen (Eignungsleihe)

	Ort:	
	Datum:	
	Telefon:	
	E-Mail:	

Das unterzeichnende Unternehmen erklärt, dass es gemäß der Definition der Europäischen Kommission (Empfehlung 2003/361/EG) zur folgenden Größenklasse gehört:

- ☐ Kleinunternehmen (≤ 9 Beschäftigte / ≤ 2 Mio. EUR Jahresumsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (≤ 49 Beschäftigte / ≤ 10 Mio. EUR Jahresumsatz)
- ☐ Mittleres Unternehmen (≤ 249 Beschäftigte / ≤ 50 Mio. EUR Jahresumsatz)
- ☐ Großunternehmen (> 249 Beschäftigte / > 50 Mio. EUR Jahresumsatz)

Hinweise:

Eignungsleihe: Wenn bei der Ausführung des Auftrags die technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden sollen („Eignungsleihe“). In diesem Fall sind zusätzlich die Anlage D – Verzeichnis der Leistungen von Eignungsverleihern und die Anlage E – Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer einzureichen.

Inhalt

Teil A: Eigenerklärungen zu Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	4
Teil B: Eigenerklärungen zur Eignung	4

Hinweis zum Ausfüllen des Formblatts ANL B Eigenerklärung zur Eignung:

Teil A und Teil B:

Die Unternehmen sind verpflichtet, die vollständig ausgefüllten **Abschnitte Teil A**, sowie **Teil B** mit ihrem Angebot einzureichen und damit das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie ihre Eignung nachzuweisen.

Teil B einschließlich der Unterkategorien stellt eine **Mindestvoraussetzung** für die Angebotsbewertung dar und ist vollständig ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen.

Teil A: Eigenerklärungen zu Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zu 5.3: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

<i>Bezugshinweis: Rechtskräftige Verurteilung oder Geldbuße gem. §§ 123, 124 GWB</i>	
<input style="margin-bottom: 10px;" type="checkbox"/> Ich erkläre/wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 - 3 GWB vorliegen, also, dass keine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen dabei eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen dann zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.	

<i>Bezugshinweis: Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge gem. § 123 Abs. 4 GWB</i>	
Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt ist, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterliegen.	<input style="margin-bottom: 10px;" type="checkbox"/> Ich erkläre/wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit ich/wir der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Bezugshinweis: Schwere Verfehlung gem. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB

☐ Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe/haben.

Bezugshinweis: Insolvenzverfahren / Liquidation gem. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

		Ja	Nein
Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bestätigt wurde.	Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde beantragt.	☐	☐
	Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet.	☐	☐
	Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.	☐	☐
	Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt.	☐	☐
Falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, werde(n) ich/wir ihn auf Verlangen vorlegen.			

		Ja	Nein
Angabe, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.	Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.	☐	☐

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass im Rahmen meiner/unserer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität meines/unseres Unternehmens in Frage gestellt wird.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass das Unternehmen

- a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Bezugshinweis: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gem. § 21 Abs. 1 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 SchwarzArbG

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Bezugshinweis: § 125 GWB

☐ Ich erkläre/wir erklären, dass zwar für mein/unser Unternehmen Ausschlussgründe gemäß vorstehender Regelungen vorliegen, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß §125 GWB ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde.

Die Nachweise zur durchgeführten Selbstreinigung sind als Anlage beigelegt.

Bezugshinweis: Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz Erklärung gem. § 22 Abs. 1 und Abs. 2 LkSG

☐ Ich erkläre/wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen kein im Sinne des § 22 Abs. 1 und Abs. 2 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) relevanter rechtskräftig festgestellter Verstoß gegen das LkSG vorliegt.

Teil B: Eigenerklärungen zur Eignung

Die nachfolgenden Erklärungen sind von allen Bietern/Bietergemeinschaften auszufüllen.

Nur von Bietergemeinschaften auszufüllen: Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung

☐ Wir – die Bietergemeinschaft – weisen die gesamtschuldnerische Haftung unserer Bietergemeinschaft in der Anlage C „Erklärung Bietergemeinschaft“ unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters nach.

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Bezugshinweis: Nachweis einer Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister

Registereintragungen

Ich bin/ Wir sind

- ☐ Ich bin/Wir sind im Handelsregister oder in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedstaaten eingetragen.
☐ Ich bin/Wir sind in der Industriekammer oder in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedstaaten eingetragen.
☐ bei der Industrie- und Handelskammer oder in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer EU-Mitgliedstaaten eingetragen.
☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet

Eintragsnummer/n:

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Ich bin/Wir sind ausreichend leistungsfähig, um die ausgeschriebene Leistung zu erbringen.

Mindestbedingungen Versicherungsschutz

Eigenerklärung zum Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine Betriebshaftpflichtversicherung inklusive Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenversicherung mit folgenden Deckungssummen je Schadensfall oder, dass im Falle der Zuschlagserteilung eine Betriebshaftpflichtversicherung inklusive Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenversicherung mit folgenden Deckungssummen je Schadensfall abgeschlossen wird:
- je Schadensfall: mindestens 5.000.000 EUR
 - Als Schadensfälle nach dieser Regelung verstehen sich Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden.
 - Die vorstehenden Deckungssummen müssen je Schadensfall und zweifach pro Jahr (= zweifache Maximierung) zur Verfügung stehen. Eine zweifache Maximierung liegt vor, wenn die jeweilige Deckungssumme innerhalb eines Versicherungsjahres dem Bieter mindestens für zwei voneinander unabhängige Versicherungsfälle vollständig zur Verfügung steht.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist auf Verlangen der Vergabestelle das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung inklusive Umwelthaftpflicht- und Umweltschadenversicherung mit mindestens den vorstehend genannten Deckungssummen und der geforderten zweifachen Maximierung durch Vorlage der Versicherungspolice nachzuweisen.

Alternativ kann zum Nachweis der Versicherungswürdigkeit die schriftliche Erklärung eines Versicherers vorgelegt werden, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den o. g. Mindestdeckungssummen zu versichern, um diese dann erst im Zuschlagsfall unverzüglich nachzureichen.

Wir verpflichten uns, den o.g. Versicherungsschutz für die Dauer der Vertragsdurchführung in der vorgenannten Höhe sicherzustellen.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mindestbedingungen) Referenzprojekt Armaturengruppen (Mindestbedingung)

Im Fall einer Bietergemeinschaft nur von dem Mitglied der Bietergemeinschaft anzukreuzen, dass die Kriterien erfüllt. Im Falle einer Eignungsleihe nur von der eignungsverleihenden Unternehmung auszufüllen.

<i>Mindestbedingung Referenzprojekt</i> ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir mindestens ein Referenzprojekt erbracht habe(n), bei dem wir mindestens eine komplette Armaturengruppen für eine Gashochdruckleistung gefertigt und geliefert haben. Es können nur Referenzaufträge gewertet werden, bei denen folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: • Leistungsgegenstand: Ausführungsplanung, Fertigung und Lieferung von kompletten Armaturengruppen für eine Gashochdruckleitung (Erdgas oder Wasserstoff). • Anwendungsbereich: Im Anwendungsbereich des DVGW-Regelwerks oder der Druckgeräterichtlinie • Technische Mindestanforderung: Armaturengruppe mit einem Nenndruck ≥ PN 16 und einem Nennweite ≥ DN 300. • Zeitliche Anforderung: Abschluss des Referenzprojekts (maßgeblich ist das Datum der werkvertraglichen Abnahme) innerhalb des Zeitraums 01.01.2021 bis zum Ablauf der Angebotsfrist. Bei Bietergemeinschaften müssen diese Anforderungen durch mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft vollständig erfüllt sein.
Zum Nachweis benenne(n) ich/wir folgendes Projekt: Projektname: Auftragsgegenstand (Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen): Bauherr mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer) Bei Bietergemeinschaft: Name des referenzgebenden Mitglieds: Bei Nachunternehmer im Fall der Eignungsleihe: Name des referenzgebenden Nachunternehmers: Referenzprojekt im Anwendungsbereich des DVGW-Regelwerks oder der Druckgeräterichtlinie Technische Kenndaten der Armaturengruppe (DN, PN, Medium) Leistungszeitraum und Datum der werkvertraglichen Abnahme (Monat/Jahr)

Zertifizierung

<i>Eigenerklärung zum Vorliegen gültiger Zertifizierungen</i>
☐ Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen über eine gültige Zertifizierung nach DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Modul G1 verfügt. Zertifikat ist gültig bis (Datum): <u>oder</u>
☐ Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen über eine gültige Zertifizierung gemäß Druckgeräterichtlinie (DGRL) nach DIN EN ISO 3834 Teil 3 und AD 2000 - Merkblatt HPO verfügt. Zertifikat ist gültig bis (Datum):

- Die Zertifizierungen müssen zum Ablauf der Bindefrist des Angebots gültig sein.
- Im Falle einer Bietergemeinschaft sind die vorliegenden Zertifizierungen/en ausschließlich von dem/den Mitglied(ern) der Bietergemeinschaft zu erklären, das/die über die entsprechenden Zertifizierungen verfügt/verfügen.
- Im Falle der Eignungsleihe sind die vorliegenden Zertifizierungen von dem eignungsverleihenden Unternehmen, dem die Leistungen übertragen werden sollen, zu erklären.
- Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist auf Verlangen der Vergabestelle das Vorliegen der Zertifikate und deren Gültigkeit nachzuweisen. Die vorgelegten Nachweise und Zertifikate müssen mindestens bis zum Ablauf der Bindefrist des Angebots gültig sein.
- Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle einer Zuschlagserteilung sämtliche für die Auftragsausführung erforderlichen Zertifizierungen und Anerkennungen während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und bei Ablauf rechtzeitig zu erneuern.

Anlagen:

-
-
-
-
-
-
-

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Person des Erklärenden und Funktion)